

Die Kampagnenkassen füllen sich

Gegner wie Befürworter der No-Billag-Initiative setzen auf Crowdfunding. Der Vergleich zeigt: Die Unterstützer der SRG haben die Nase vorn - und erhalten Unterstützung von der Operation Libero.

Martin Wilhelm

Zerschlagen, zertrampeln, sprengen: Der Ton im Kampf gegen No Billag ist gesetzt. Der Verein Nein zum Sendeschluss zeigt einen Hammer, der einen Bildschirm zerstört, das überparteiliche Komitee Nein zu No Billag einen Stiefel, der auf eine mit Fernsehern und Radios gefüllte Schweizer Karte tritt - und die Operation Libero nun eine Sprengladung, die an einer Säule angebracht ist.

Das Engagement von Operation Libero, das die Organisation gestern angekündigt hat, ist eine gute Nachricht für die Befürworter der SRG - immerhin hat sie bisher keine Abstimmung verloren. Diego Yanez, Vorstandsmitglied von Nein zum Sendeschluss, Direktor der Journalistenschule und früherer Chefredaktor des Schweizer Fernsehens, spricht von einem «Ruck, der durch die Zivilgesellschaft geht». Das Erhoffte sei eingetroffen: Akteure wie Sportverbände, Filmemacher oder die Volksmusikszene seien aktiv geworden und würden ihr Publikum erreichen.

Die Operation Libero will neben ihren Anhängern ein breites Publikum ansprechen. 284 981.59 Franken will sie für die Kampagne sammeln - so viel, wie bei der Durchsetzungsinitiative zusammengekommen war. «Um eine gewisse Schlagkraft zu haben, brauchen wir in etwa diesen Betrag», sagt Kampagnenleiterin Laura Zimmermann. Das Crowdfunding lief gut an: Nach vier Stunden wies die Website der Organisation Spenden von rund 40 000 Franken aus.

Eine halbe Million für Gegner

Gefüllt hat sich auch die Kasse des Vereins Nein zum Sendeschluss. Innert weniger Wochen stieg der Spendenstand von 150 000 auf 520 000 Franken. Wie weitere Vereine in den anderen Sprachregionen wurde Nein zum Sendeschluss gegründet, um eine Kampagne gegen die Initiative zu stemmen. Zwei Millionen Franken sollen zusammenkommen, um Plakate, eine Abstimmungszeitung und Werbung auf Social Media zu finanzieren. Der bisher gesammelte Betrag setzt sich laut Yanez zu mindestens 80 Prozent aus Kleinspenden zusammen, die meisten Beträge würden sich zwischen 50 und 500 Franken bewegen. «Einen Grossspender gibt es nicht.» Wie hoch der Anteil der SRG-Mitarbeiter unter den Spendern ist, weiss der Verein gemäss eigenen Angaben nicht.

Keine eigene Plakatkampagne plant Nein zu No Billag. Dem überparteilichen Komitee stehen nicht mehr als 20 000 bis 30 000 Franken zur Verfügung, wie CVP-Generalsekretärin Béatrice Wertli sagt. Dafür sind dem Komitee bereits 140 Parlamentarier beigetreten, darunter auch solche der SVP.



Blick in den Regieraum während der Sendung «Arena» zur No-Billag-Initiative Anfang November. Foto: Ennio Leanza (Keystone)

Weniger rasch als bei den Gegnern füllt sich die Kampagnenkasse bei den Befürwortern der Initiative. Das No-Billag-Komitee hat nach eigenen Angaben gut 86 000 Franken per Crowdfunding gesammelt. Zusammen mit früher erhaltenen Spenden belaufe sich das Budget für die Abstimmungskampagne nun auf rund 150 000 Franken, wie Co-Präsident

Thomas Juch sagt, der dem Präsidium der Schweizer Jungfreisinnigen angehört. Die grösste Einzelspende betrage 2500 Franken und stamme von einer Privatperson. Laut Juch rechnen die Initianten damit, dass sich ihr Budget nicht mehr gross erhöhen wird; die Crowdfunding-Kampagne laufe morgen aus und werde nicht mehr beworben.

Noch offen ist, ob andere Akteure Geld für eine Pro-Kampagne einsetzen werden. Die SVP wird erst am 27. Januar beschliessen, wie sie zur Initiative steht. Der Gewerbeverband hat bereits die Nein-Parole ausgegeben; auf die Frage nach einem finanziellen Engagement heisst es nur: «Über Kampagnenbudgets veröffentlichen wir nie Angaben.»

Operation Libero

«No Billag ist ein Anschlag auf die Demokratie»

Für die Operation Libero ist die No-Billag-Initiative ein Angriff auf die Medienvielfalt in der Schweiz und damit «ein Anschlag auf die Demokratie». Sie engagierten sich, wenn für die Schweiz viel auf dem Spiel stehe, sagte die Co-Präsidentin von Operation Libero, Laura Zimmermann, vor den Medien. Denn sie seien Verfassungspatrioten. Und bei dieser Abstimmung gehe es um nichts weniger als um das Recht auf Information, das in der Verfassung verankert sei.

Die Verfassung stelle sicher, dass sich die Schweizerinnen und Schweizer frei informieren könnten. Das sei nötig in einer direkten Demokratie, denn die Bürgerinnen und Bürger trügen viel Ver-

antwortung. Dazu aber brauchten sie möglichst vielfältige Informationen - starke Medien seien der Garant dafür.

Die Initiative schwäche mutwillig das Schweizer Mediensystem. Es sei naiv, zu glauben, dass Private in die Bresche sprängen, sollte der Service public wegfallen, sagte Zimmermann. In einer für die Medien schwierigen Zeit setze die Initiative auf das «Wildwestprinzip». Natürlich gäbe es auch bei einer Annahme von No Billag noch viele Zeitungen, Redaktionen und Journalisten, welche gute und kritische Arbeit machten, sagte Zimmermann. «Was aber fehlen würde, wäre das, was sich im Markt niemand leisten kann: eine umfassende Information von

Mendrisio über Altdorf bis Zürich; von Genf über Langnau bis nach Widnau.»

Operation Libero gehe es nicht um die SRG als Institution, nicht um die Frage, ob es mehr oder weniger Staat oder Gebühren brauche, sondern um das Recht auf Information. Wer diese Aufgabe wahrnehme, sei ihnen egal. Nicht egal sei ihnen aber das Ziel der Initiative, «denn die Konsequenzen wären wahn-sinnig krass», sagt Zimmermann. Das sollten auch diejenigen Menschen nicht gleichgültig lassen, die wenig oder kein Radio oder Fernsehen konsumierten. Es sei fünf vor zwölf. «Wenn wir jetzt nichts machen, explodiert am 4. März eine Bombe», warnt Zimmermann. (SDA)

Nachrichten

Bundesfinanzen Ständerat hält an Zusatzmitteln für ETH fest

Das Parlament streitet weiter um die Ver-wendung der Gelder nach dem Nein zur Rentenreform. Von einem Zustupf für die AHV von 442 Millionen Franken im nächsten Jahr will der Ständerat nichts wissen. Er hat diesen Vorschlag des Nationalrats abgelehnt. Auch bei der Bildung und Forschung gibt es grosse Differenzen. Der Ständerat hielt in der zweiten von drei Budgettrunden an seinem Bestreben fest, die ETH mit zusätzlichen 52,9 Millionen zu unterstützen. Der Nationalrat ist dagegen. Während die grosse Kammer für 2018 ein Defizit von 122 Millionen vorsieht, budgetiert der Ständerat ein Minus von 39 Millionen. (SDA)

Ländervergleich

Schweizer erhalten prozentual weniger Altersrente

In der Schweiz erhalten Durchschnittsverdiener im Pensionsalter prozentual weniger Rente als in anderen OECD-Ländern. Das schreibt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Demnach werden vergleichbare Erwerbstätige im OECD-Raum im Rentenalter im Schnitt 63 Prozent des bisherigen Einkommens beziehen können. In der Schweiz sind es 45 Prozent. Allerdings müsse berücksichtigt werden, dass ein grosser Teil der Schweizer über eine überobligatorische Vorsorge verfüge, was eine höhere Rente verspricht. Dennoch entspreche das durchschnittliche Einkommen der Rentenbezüger hierzulande 82 Prozent vom durchschnittlichen Einkommen der Gesamtbevölkerung. Im OECD-Raum liegt der Anteil bei 88 Prozent. (SDA)

CVP

Bessere Voraussetzungen für Freiwilligenarbeit gefordert

Den Menschen in der Schweiz soll es erleichtert werden, sich ehrenamtlich zu engagieren. Zu diesem Zweck fordert die CVP den Abbau bürokratischer Hürden. Weiter verlangt die Partei eine konsequente Förderung des Vereinswesens, etwa indem Gemeinden Infrastrukturen zur Verfügung stellen, Defizitgarantien übernehmen oder Zugang schaffen zu freiwilligem Engagement. (SDA)

Ständerat

Kein Kostendach für EU-Grenzschutz

Die Schweiz soll sich am verstärkten Schutz der EU-Aussengrenzen beteiligen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat zugestimmt. Anders als der Nationalrat will er die Kostenbeteiligung aber nicht begrenzen. Da das Budget und das Personal der Grenz- und Küstenwache Frontex erhöht werden, steigt der Beitrag der Schweiz. Der Nationalrat beschloss, die Kostenbeteiligung auf 12 Millionen Franken zu beschränken. Nach dem Nein des Ständerats ist wieder die grosse Kammer am Zug. (SDA)

Wie sich CVP und Grüne beim Krisenmanagement unterscheiden

Krise aussitzen oder zurücktreten? Das sagen Experten zum Umgang der Parteien mit ihren umstrittenen Nationalräten.

Raphaela Birrer

Bern

Zwei Krisen, zwei Strategien: Im Herbst ist der grüne Nationalrat Jonas Fricker zurückgetreten. Er hatte während einer Ratsdebatte die Schweinetransporte in Europa mit den Massendepportationen von Juden im Zweiten Weltkrieg verglichen. Nur wenige Wochen später steht mit Yannick Buttet ein weiterer Nationalrat im Fokus. Der CVP-Politiker soll eine Frau gestalkt und mehrere Parlamentarierinnen belästigt haben.

Fricker war von seiner Partei umgehend fallen gelassen worden. Mehrere Exponenten verurteilten die Aussage des Aargauers scharf. Alt-Nationalrat Jo Lang etwa warf ihm Antisemitismus vor. Obwohl sich Fricker im Parlament und beim Israelitischen Gemeindebund entschuldigt hatte, wurde der parteiinterne

Druck zu gross: Nach drei Tagen entschied sich der Aargauer zur Demission.

Bei Buttet ist die Ausgangslage komplizierter: Gegen den Walliser läuft ein Strafverfahren, und der Belästigung im Parlament wird er bislang anonym bezichtigt. Buttet entschuldigte sich schriftlich für sein Verhalten, das er seinem Alkoholkonsum zuschrieb, und ist untergetaucht. Aus dem Parteivizepräsidium tritt er zwar aus, doch einer Aussprache mit der Parteileitung über sein Nationalratsmandat ist er aus gesundheitlichen Gründen ferngeblieben. CVP-Chef Gerhard Pfister verurteilte Buttets Verhalten als «inakzeptabel», doch zum Rücktritt forcieren will er ihn nicht.

Halbherziger Eindruck

Für Roland Binz, Kommunikationsberater in Krisensituationen, ist klar: Die Grünen haben rasch, konsequent und transparent gehandelt. «Das wirkte sehr glaubwürdig.» Die CVP dagegen mache einen halbherzigen Eindruck. Sie verurteile Buttets Verhalten zwar, handle aber nicht konsequent. «Das führt dazu, dass die öffentliche Diskussion auf Kosten der Partei weitergehen wird», sagt Binz. «Das könnte als Führungsschwä-



Yannick Buttet.

Jonas Fricker.

che von Gerhard Pfister wahrgenommen werden.» Patrick Suppiger, Experte für Krisenkommunikation an der Hochschule Luzern, beurteilt es gleich: «Pfister ist in einer reaktiven Haltung. Von seiner Partei kommen keine klaren Botschaften, was sie unternehmen will.»

Schlimmer als für die Partei sei jedoch der Reputationsschaden für Buttet selbst, so Binz. Der Widerspruch zwischen seinen politischen Positionen und seinem Verhalten sei «spektakulär». Buttet habe in dieser Krise einen entscheidenden Fehler gemacht, sagt auch Suppiger. Wichtig seien die ersten 24 Stunden. In dieser Zeitspanne habe der 40-Jährige sich zwar entschuldigt. Aber: «Nötig wäre in einer solchen Situation eine eindeutige Ansage, dass er sein Ver-

halten ändern wird. Zum Beispiel, indem er auf Alkohol verzichtet wird.»

Es lohne sich meist, Fehler offen zu gestehen und zu kommunizieren, was man unternehmen wolle, um die Situation zu verbessern, sagt auch Kommunikationsberater Marcus Knill. Die Reue müsse aber glaubhaft sein. Und hier sehen die Experten das Problem im Fall Buttet: «Er hat jede Glaubwürdigkeit verloren, weil seine Reaktionen eher wie Ausreden wirken», sagt Binz.

Doch auch die Grünen hätten laut den Experten optimaler agieren können. So sei für die Partei zwar das Problem schneller vom Tisch gewesen. Die Ankündigung, den Fall aufarbeiten und sich neue Regeln geben zu wollen, sei vorbildlich, sagt Suppiger. Doch die Partei sei zu weit gegangen, sagt Binz. «Sie wäre wohl unbeschadet davongekommen, wenn sie Fricker scharf gerügt und dessen Entschuldigung akzeptiert hätte.» Gemäss Knill ist Fricker zudem die Entschuldigung nicht gelungen. Die Begründung für seinen Holocaust-Vergleich sei fragwürdig: Der Aargauer sagte, er spreche manchmal, ohne genügend darüber nachzudenken. «Dieser Satz ist für einen Parlamentarier gravierend.»

Offiziersgesellschaft

Buttet tritt als Vize zurück

CVP-Nationalrat Yannick Buttet ist auch von seinem Amt als Vizepräsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) zurückgetreten. Das teilte die SOG mit. Oberstleutnant Buttet habe Präsident Stefan Holenstein am Montag über seinen Rücktritt informiert, hiess es weiter. Der Vorstand habe den Entscheid zur Kenntnis genommen und werde nach Ende eines allfälligen Strafverfahrens über das weitere Vorgehen entscheiden. Zuvor war Buttet bereits von der Armee suspendiert worden. Seine Dienstwaffe musste er abgeben, wie Armeesprecher Daniel Reist eine Information des Westschweizer Fernsehens RTS bestätigte. Bis die Vorwürfe geklärt seien, werde er auch nicht mehr zu Wiederholungskursen aufgeboden. Dabei handle es sich um vorsorgliche und vorübergehende Massnahmen, die immer in solchen Fällen zur Anwendung kommen. Der Führungsstab der Armee werde die Situation neu beurteilen, sobald die Untersuchung abgeschlossen sei. Als Oberstleutnant führt Buttet ein Bataillon von 600 bis 700 Mann. Er leistet pro Jahr 60 bis 70 Diensttage, vier Wochen davon als WK mit der Truppe. (SDA)